



## Klimawandel erfordert Abbau von Handelsschranken

### KOALITION ZUM KLIMAWANDEL

Anlässlich des UNO-Welternährungstages fordert die Civil Society Coalition on Climate Change (CSCCC) Regierungsvertreter zu einem Abbau verzerrender Handelsschranken und Subventionen auf. Die internationale Arbeitsgemeinschaft gemeinnütziger Organisationen erkennt darin den einzig gangbaren Weg für eine Bewältigung des Klimawandels durch die von Armut und Hunger betroffenen Regionen der Welt.

Der diesjährige Welternährungstag der Vereinten Nationen widmet sich der Bewältigung des Klimawandels. Insbesondere die von Armut betroffenen Regionen der Erde werden durch klimatische Veränderungen mit drängenden Herausforderungen konfrontiert. Lange bevor die Vereinten Nationen den Klimawandel als politisches Aktionsfeld entdeckten, kämpften die Bewohner zahlreicher Regionen in Afrika, Asien und Lateinamerika bereits mit Dürren, Stürmen oder Fluten.

Durch staatliche Eingriffe wird menschliches Leiden meist unnötig verschärft — vor allem Handelsbarrieren verhindern ein ausreichendes Nahrungsmittelangebot sowie eine effektive Anpassung an den Klimawandel. Gerade Regierungsprogramme, die dem „Kampf“ gegen den Klimawandel dienen sollten, weisen eine verheerende Bilanz auf: Im vergangenen Jahr wurde die Verarbeitung von Nahrungsmitteln zu Biokraftstoffe mit mehr als 11 Milliarden US\$ subventioniert. Diese Massnahme trug massgeblich zu einer Erhöhung der weltweiten Lebensmittelpreise bei, wodurch weitere 75 Millionen Menschen unter die Hungerschwelle gedrückt wurden.

In einem jüngsten [Forschungsbericht](#) stellten die bekannten Landwirtschaftsökonomen Douglas Southgate und Brent Sohngen fest, dass Landwirte vor allem durch eine Veränderung ihres Saatguts, neue Technologien und Anbaumethoden auf den Klimawandel reagieren werden, wie bereits auch in den Jahrhunderten zuvor. Dies setzt jedoch voraus, dass sie hieran nicht durch verzerrende Staatseingriffe behindert werden.

Die Civil Society Coalition on Climate Change, welche 49 Mitgliedsorganisation in 37 Ländern vertritt, veröffentlicht daher die folgenden Empfehlungen in Hinblick auf die Anpassung des weltweiten Nahrungsmittelangebots an den Klimawandel:

- Abschaffung aller Landwirtschaftssubventionen, da diese zu einer Übernutzung heutiger Anbauflächen zu Lasten künftiger Herstellungskapazitäten führen.
- Abbau von Subventionen für Wasser (bzw. Privatisierung öffentlicher Wasservorkommen), da diese nachweislich zu einer Erhöhung des Wasser- und Landverbrauchs führen.
- Abbau von Handelsschranken für landwirtschaftliche Produkte, welche die Kosten für Lebensmittel erhöhen und Verzerrungen in lokalen Produktionsstrukturen erzeugen.

Oktober 2008

